



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Präsident des Deutschen Bundestages
– Parlamentssekretariat –
Reichstagsgebäude
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 26. Juni 2013

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.
Zunahme rechtsextremistischer Tendenzen in der Deutschen Burschenschaft
BT-Drucksache 17/13855**

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte
Antwort in 5-facher Ausfertigung.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Ole Schröder

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Bellevue; U-Bahnhof Turmstraße

Bushaltestelle Kleiner Tiergarten

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.

Zunahme rechtsextremistischer Tendenzen in der Deutschen Burschenschaft

BT-Drucksache 17/13855

Vorbemerkung der Fragesteller:

Trotz einer Häufung rechtsextremistischer Vorkommnisse innerhalb der Deutschen Burschenschaft (DB) hielt die Bundesregierung bislang an ihrer Position fest, wonach es sich bei der DB um eine „demokratische Studentenorganisation“ handle. (Bundestagsdrucksache 16/4142, 17/6690, 17/10294, 17/11972)

Dagegen haben laut einer Aufzählung des Blogs Burschenschaftlerpacktaus nach dem außerordentlichen Burschentag im November letzten Jahres, auf dem die offen antisemitistische Wiener Burschenschaft Teutonia den Vorsitz des Dachverbandes übernehmen, bereits 31 der sich selbst als liberal verortenden Bünde die DB aus Protest gegen die im Verband vertretenen rechtsextremen, völkischen und rassistischen Positionen verlassen (www.burschenschaftlerpacktaus.wordpress.com vom 5. Juni 2013).

So beschloss die älteste Münchener Burschenschaft Arminia-Rhenania, der auch der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Peter Uhl (CSU) angehört, am 23. Februar 2013 ihren Austritt aus der DB. Mit der Burschenschaft Franco-Bavaria aus München, der der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer (CSU) angehört, verlor die DB ebenfalls im Februar 2013 einen ihrer mit 300 aktiven und ehemaligen Studenten stärksten Mitgliedsbünde. Als Grund für den Austritt gab die Franco-Bavaria an, dass es der DB nicht gelungen sei, sich von Mitgliedern zu trennen, die sich rassistisch und rechtsextrem geäußert hatten

(<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutsche-burschenschaft-kleiner-und-rechter-12101475.html>)

(<http://www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/groester-mitgliedsbund-verlaesst-deutsche-burschenschaft-a-882680.html>).

In Berlin entließ der Senator für Soziales Mario Czaja (CDU) im Mai 2013 seinen Staatssekretär Michael Büge, nachdem dieser sich dafür entschieden hatte, weiterhin Mitglied der Berliner Burschenschaft Gothia zu bleiben. Die Gothia, deren Haus auch „braune Wolfsschanze in Zehlendorf“ genannt wird, gehört der Deutschen Burschenschaft an (<http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/staatssekretaerbueege-bleibt-in-burschenschaft-gothia-a-899565.html>).

Auf dem Burschentag am 25. Mai 2013 in Eisenach setzte sich der bisherige Rechtskurs der nach eigenen Angaben noch aus 94 Mitgliedsbünden bestehenden DB in entsprechenden Debatten und Anträgen fort. So beschlossen die Delegierten ein Verbot für die Mitglieder der DB, mit dem Blog der Initiative „Burschenschafter gegen Neonazis“ zusammenzuarbeiten, die rechtsextremistische Tendenzen anprangert. Die Hamburger Burschenschaft Germania, die der offen völkischen Strömung der Burschenschaftlichen Gemeinschaft innerhalb der DB angehört, beantragte eine Gleichbehandlung sämtlicher politischer Parteien durch die DB. Eine Distanzierung von der rechtsextremen NPD, gegen die derzeit ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vorbereitet wird, fehlt in dem Beschluss. Die bereits mehrfach vom Bayerischen Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht als rechtsextremistisch genannte Münchner Burschenschaft Danubia setzte sich mit ihrem Antrag durch, dass Strafverfolgungsbehörden verbale oder gewalttätige Angriffe auf Deutsche in gleicher Weise ahnden sollten, wie solche „gegen Juden“. Der erneut beantragte Ariernachweis, wonach Studierenden nichtdeutscher Herkunft die Mitgliedschaft in einer Mitgliedsburschenschaft der DB verwehrt werden sollte, erhielt zwar keine Mehrheit. Der Burschentag beschloss, dass künftig ein Bekenntnis der Mitgliedschaftsanwärter zum deutschen Volk ausreicht. In die Satzung der DB wurde der Abstammungsbegriff, der die Zugehörigkeit zum deutschen Volk definiert, allerdings in Anlehnung an den Wortlaut des Bundesvertriebenengesetzes aufgenommen (<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-05/deutsche-burschenschaft-dachverband-NPD-rechtsextremismus>).

Anlässlich des Burschentages in Eisenach forderte der Vizevorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Herrmann Benker, eine stärkere Beobachtung der Deutschen Burschenschaft durch den Verfassungsschutz. „Die derzeitige Diskussion in der Burschenschaft über die Einführung eines sogenannten Ariernachweises ist ein erschreckendes Beispiel für die ausgeprägten extremistischen und rassistischen Tendenzen in dieser Burschenschaft“, so Benker (<http://www.rtl.de/rtl-nachrichten-archiv/1514912/polizei-fuer-staerkere-beobachtung-von-burschenschaften.html>).

1. Bleibt die Bundesregierung bei ihrer bisherigen Einschätzung, wonach es sich bei der DB um einen „demokratischen Studentenverband“ handelt?

- a) Wenn ja, wie begründet sie diesen Standpunkt angesichts der Tatsache, dass innerhalb eines halben Jahres fast 30 sich als liberal einordnende Bünde die DB aufgrund der darin vorherrschenden Werte verlassen haben?
- b) Wenn nein, wie lautet die neue Beurteilung der DB durch die Bundesregierung, und wie begründet die Bundesregierung diese neue Einschätzung?

2. Kann die Bundesregierung Veränderungen in der politischen Ausrichtung der DB aufgrund des Austritts von fast 30 sich als liberal verstehenden Bünden seit dem außerordentlichen Burschentag im November 2012 erkennen, und wenn ja, welche?

Zu 1. und 2.

Auch zum jetzigen Zeitpunkt liegen der Bundesregierung keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür vor, dass der Dachverband der Deutschen Burschenschaft (DB) Bestrebungen verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Vereinzelt sind Burschenschaftler Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen bzw. bestehen Kontakte rechtsextremistischer Personen und Organisationen zu einzelnen Burschenschaften. Verdichten sich dahingehende Anhaltspunkte bei einer Burschenschaft, erfolgt die förmliche Beobachtung durch das zuständige Landesamt für Verfassungsschutz. Bei der weit überwiegenden Mehrheit der Mitgliedsburschenschaften ist dies nach Kenntnis der Bundesregierung bislang nicht der Fall.

3. Sieht die Bundesregierung in der erneuten Debatte um einen sogenannten Arier-Nachweis als Aufnahmekriterium in die DB auf dem Eisenacher Burschentag im Mai 2013 Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen, und wenn nein, wie begründet sie diese Haltung?

4. Inwieweit sieht die Bundesregierung in der Weigerung des Burschentages, sich im beschlossenen Antrag über eine Gleichbehandlung aller Parteien durch die DB von rechtsextremen Parteien wie der NPD und Pro NRW abzugrenzen, Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen?

5. Sieht die Bundesregierung in dem auf dem Burschentag in Eisenach angenommenen Antrag der Burschenschaft Danubia München, wonach Strafverfolgungsbehörden verbale oder gewalttätige Angriffe auf Deutsche in gleicher Weise ahnden sollten, wie solche „gegen Juden“, Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen, und wenn nein, wie begründet sie diese Haltung?

6. Inwieweit sieht die Bundesregierung in dem Beschluss des Eisenacher Burschentages, Mitgliedern der DB die Zusammenarbeit mit dem Blog der auch von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer unterstützten „Initiative Burschenschafter gegen Neonazis“ zu verbieten, Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen?

Zu 3. bis 6.

Die angegebenen Diskussionsbeiträge und Beschlüsse des Eisenacher Burschentages können - je nach konkreter Formulierung - Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen darstellen und sind im Rahmen der vorzunehmenden Gesamtbetrachtung zu berücksichtigen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

7. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Vize-Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Herrmann Benker, dass aufgrund der „ausgeprägten extremistischen und rassistischen Tendenzen in dieser Burschenschaft“ eine stärkere Beobachtung der DB durch den Verfassungsschutz nötig sei?

Zu 7.

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

8. Waren die Entwicklungen innerhalb der DB seit dem außerordentlichen Burschentag im November 2012 Thema von Erörterungen im Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR), und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Zu 8.

Die aktuellen Entwicklungen innerhalb des Dachverbandes der Deutschen Burschenschaft waren bisher nicht Thema im Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus.

9. Welche Beiträge in ausländischen Medien, die sich mit der Entwicklung in der Deutschen Burschenschaft befassen, sind der Bundesregierung bekannt, und welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht sie aus diesen?

Zu 9.

Die Bundesregierung verfolgt grundsätzlich die Berichterstattung wichtiger in- und ausländischer Presseorgane. Eine Sichtung ausländischer Medien durch das Bundesamt für Verfassungsschutz in Hinblick auf die Entwicklung in der Deutschen Burschenschaft findet bisher jedoch nicht statt.